

Vorwort

»Die deutsche Republik ist am 9. November 1918 geboren und nicht am 11. August 1919. Was in Weimar beschlossen wurde, ist nur eine nachträgliche und sehr schüchterne Legalisierung des neuen Zustandes, ein Grundgesetz, bei dessen feierlicher Erwähnung wir uns nur erinnern, dass seine wichtigsten Sätze nie und nirgends in die Praxis umgesetzt worden sind. Dass neben sehr unglücklichen und steifleinenen Formulierungen auch sehr gute und nützliche Dinge drinstehen, werden wir gern anerkennen, wenn sie zur täglichen, selbstverständlichen Übung geworden sind.«

*Carl von Ossietzky: Nationalfeiertag
(Die Weltbühne, 5.7.1927, S. 4)*

Zwei Daten – der 9. November 1918 und der 30. Januar 1933 – kennzeichnen jenen kurzlebigen und dennoch außerordentlich bedeutsamen Zeitraum, der als »Weimarer Republik« in die Geschichte einging. Ersteres benennt ihre Geburtsstunde, den Tag einer Revolution gegen Krieg und Elend, gegen Fürstentherrschaft und Militarismus, gegen die Macht des Großkapitals sowie für neue, für bessere und als sozialistisch bezeichnete gesellschaftliche Verhältnisse. Bewirkt durch eine revolutionäre Massenbewegung wurde sie am Tage des Sturzes Kaiser Wilhelm II. durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann und den Sozialisten Karl Liebknecht ausgerufen. Der zweite Tag, 14 Jahre und drei Monate später, kündigt vom schmachvollen Ende dieser Republik und ihrer im thüringischen Residenzstädtchen Weimar verabschiedeten parlamentarisch-demokratischen Verfassung. Über die nach diesem Ort benannte Republik triumphierten ihre

Gegner, allen voran die Nationalkonservativen im Bunde mit völkisch-rassistischen und faschistischen Kräften. Sie ging unter, als jene endgültig siegten, die von Anfang an gegen sie auftraten. An deren Spitze gelangte während der Weltwirtschaftskrise eine Partei, die sich selbst als nationalsozialistisch bezeichnete und eine terroristisch-demagogische Politik betrieb – gerichtet gegen alle organisierten Arbeiterorganisationen, gegen Demokratie und Liberalismus, gegen Parlamentarismus und Pazifismus. Jeglicher Humanismus galt ihr als Gräuel, Krieg als entscheidendes Mittel revanchistisch-expansionistischer Politik.

Zur Geschichte der Weimarer Republik gehören ebenso das unmittelbare Davor während der letzten Jahre des Ersten Weltkrieges und das Danach mit der endgültigen Abwicklung ihrer Überbleibsel. Obwohl dieser Staat ein eigenständiges Gesicht besaß, fügt er sich dennoch nahtlos in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts ein. Sein Name galt anfangs als Synonym für den Versuch, im krisengeschüttelten und von Kriegsfolgen schlimmster Art gebeutelten Deutschland etwas unter einen Hut zu bringen sowie in Gesetze und Taten umzusetzen: traditionelles bürgerlich-demokratisches sowie proletarisch-sozialistisches Denken. Manches gelang, Vieles scheiterte. Erbitterte Auseinandersetzungen tobten zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, Konservativen und Liberalen, Militärs und Pazifisten, Herrschenden und Beherrschten, Ausbeutern und Ausgebeuteten, nationalistisch-rassistischem Ungeist und humanistischer Kultur.

Generell verkörperte die Weimarer Republik sowohl die Kontinuität kapitalistisch geprägter Verhältnisse als auch eine der vielgestaltigen Erscheinungsformen bourgeoiser Macht. Weder in ihr noch durch sie sahen sich die Grundlagen sozialökonomischer und politischer Herrschaft ersetzt oder gar grundlegend gewandelt. Was während dieser 14 Jahre in Deutschland geschah, spiegelt die Grundzüge und Widersprüche einer auf kapitalistischen Verhältnissen beruhenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wider, ebenso aber auch Entfaltungsmöglichkei-

ten politischer Kräfte, die den historischen Fortschritt gegenüber dem Kaiserreich ermöglicht hatten und ihn verteidigten, zugleich Festigung und Ausbau der Demokratie erstrebend. Der Übergang vom monarchistisch-autoritären Regime des Kaiserreiches zu einem bürgerlichen System parlamentarisch-demokratischen Regierens bot auch einen gewissen Spielraum für sozialistische Bestrebungen sowie einen außerordentlich günstigen Nährboden für das Aufblühen humanistischer Kultur. Alles erstickte indessen schließlich im schrittweisen Abbau demokratischer Normen und in der Schaffung einer autoritären Präsidialmacht, die ihrerseits den Weg für die Diktatur des Hitlerfaschismus ebnete und befördern half.

Im Zeitgeist der nachfolgenden Perioden schien aus dem geschichtlichen Fundus der Weimarer Republik jeweils auf, was neuen, veränderten Verhältnissen Erklärung und Rechtfertigung oder gar salbungsvolle Weihe verhieß. Zwölf Jahre lang galt sie als erfolgreich überwundene Zeit »deutscher Schmach«, als Werk der »Novemberverbrecher«, als Hort und Förderer jüdisch-bolschewistischer Unkultur. In den folgenden Zeiten deutscher Zweistaatlichkeit hieß es auf westlicher Seite demonstrativ, Bonn sei nicht Weimar. Auf der östlichen wurde verkündet, die Novemberrevolution sei in ihr endgültig zum Sieg des Sozialismus geführt. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand verschoben sich Akzentsetzungen: Zunächst stand die Suche nach den Ursachen des 30. Januar 1933 im Zentrum des Blicks: Weimar stellte sich dar als Ausgangspunkt und Nährboden für Faschismus und Krieg. Mehr und mehr traten jedoch demokratische Vorzüge der Weimarer Verfassung in den Vordergrund, auch wenn diese in der Verfasstheit des Staates von Weimar nur in Ansätzen, Anstößen und suchenden Bemühungen erkennbar waren. Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik betrachten zunehmend nicht das Scheitern, sondern das demokratische und in die Zukunft weisende Potenzial als vorrangig. Die 1990 entstandene Berliner Republik – die es versäumte, sich eine neue und demokratisch

legitimierte Verfassung zu geben – preist Weimar als die erste deutsche Demokratie und sich selbst als die nunmehr in jeder Hinsicht erfolgreiche zweite.

Und heute? Muss da der Blick nicht zunehmend gerichtet werden auf damalige Versuche ökonomischer wie politischer Krisenbewältigung? Auf die Frage, wer sich von deutschnationalem Dünkel leiten ließ und »Demokratie auf Abruf« betrieb? Auf einen Vergleich alter und neuer Erscheinungen im Abbau von Demokratie? Auf immer ungerechter werdende Sozialpolitik? Auf Gefahren, die in sogenannten postdemokratischen Verhältnissen und neuerlicher Rechtfertigung kriegigerischer Abenteuer liegen? Drängt sich nicht als unabdingbare Pflicht ins Blickfeld, das damalige Übermaß an Toleranz gegenüber beschämenden Erscheinungen völkischer, rassistischer und nationalistischer Fremdenfeindlichkeit auch als ein Warnzeichen für Gegenwart und Zukunft zu sehen? Gilt es nicht erneut, Ursachen und Folgen des damals so unzulänglichen, ja geradezu faschismusförderlichen Umgangs (un)verantwortlich handelnder Eliten zu enthüllen?

Die Weimarer Republik nahm und nimmt in Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik einen außerordentlich breiten Raum ein. Oft werden die Ursachen ihres Scheiterns in mancherlei Schlagworten eher verklärt denn erhellt: Da geht die Rede von improvisierter und daher unzulänglicher Demokratie (Theodor Eschenburg), da wird von Demokratie und Republik gesprochen, die ohne Demokraten und Republikaner geblieben seien, da sei die Freiheit verspielt worden (Hans Mommsen), die Republik überfordert (Ursula Büttner), ihre Demokratie unvollendet (Horst Möller) gewesen. Vor allem aber geistert durchs Land die zweckdienlich konstruierte Behauptung, die Weimarer Republik wäre gleichermaßen von rechten und linken Extremisten zerstört worden.

Jeder Versuch, den Ort der Weimarer Republik in der deutschen Geschichte zu bestimmen, hing stets von Bedingungen und

Erfordernissen nachfolgender Zeiten ab. Unterschiedliche Ergebnisse – niedergeschrieben in zahlreichen, mitunter kaum noch überschaubaren Publikationen – erlauben jedoch nicht allein Rückschlüsse auf den »Zeitgeist«, sondern zugleich auf den politisch-historischen Standpunkt des jeweiligen Betrachters. Selbstverständlich nimmt sich das Urteil anders aus bei Verfechtern kapitalistischer Verhältnisse oder jenen fellow travellers, die im Interesse der Oberen der Gesellschaft agieren, als bei jenen, die in deren unterem Teil unmittelbar betroffen und benachteiligt sind von profitorientiertem Konkurrenzgebaren, vom verheerenden Wirken der Krisen und Kriege, von sozialer Ungerechtigkeit, von einem »Zeitgeist«, der dem allem dienstbar zu sein bereit ist.

Was kann, was soll auf allerengsten Raum gedrängtes »Basiswissen« sein für heutiges Verständnis der Geschichte des Staates von Weimar? Benannt werden können nur wenige Ereignisse und Begebenheiten. Lediglich einige Interessen, Konzepte und Akteure lassen sich vorstellen. Im Vordergrund steht die politische Wirksamkeit von Regierungen, Parteien, Verbänden und Institutionen. Darin mag eine wesentliche Seite der Geschichte der Weimarer Republik erkannt werden, ihre widerspruchsvolle und nicht zwangsläufig verlaufende Entwicklung ebenso wie offenen gebotene und ungenutzte Handlungsräume. Unbestreitbar bewirkte eine Vielzahl unterschiedlicher Faktoren das bittere Ende, doch muss vor allem gefragt werden, wer hauptsächlich welche Schuld und wer Mitverantwortung für den verfehlten Demokratie-Versuch trägt.

Auf eigentlich erforderliche Anmerkungen wird, von Ausnahmen abgesehen, verzichtet. Alle Belege lassen sich in den vier Bänden des vom Verfasser mitherausgegebenen »Lexikons zur Parteiengeschichte« sowie in der ausgewählten Literatur finden, auf die am Ende des Bandes hingewiesen wird. Geschichtsinteressierten Lesern sei ohnehin weitere, hilfreiche und kritische Lektüre empfohlen.